

(2)

P r o t o k o l l

Über die 2.Koalitionsbesprechung am 26. Mai 1959, 10 Uhr, kleines
Ministerratszimmer im Bundeskanzleramt

A n w e s e n d :

Ö V P : Ing.Raab, Dr. Kamitz, Dr. Maleta, Dr.Gorbach, Weinberger,
Kraus, Prinke.

S P Ö : DDr.Pittermann, Helmer, Olah, Dr.Kreisky, Slavik, Probst;
entschuldigt: Ing.Waldbrunner.

R a a b

begrüsst, eröffnet und erklärt, er erwartet unsere Vorschläge.
Verweist auf die ÖVP-Erklärung und betont, dass sich bezüglich
der neuen Regierung keine Änderungen gegenüber 1953 und 1956-
ergeben können.

P i t t e r m a n n :

Er, Raab, ist mit der Regierungsbildung betraut und soll seinen
Vorschlag auf den Tisch legen.

H e l m e r

verweist auf den Wahlausgang 1956, wo die ÖVP honoriert wurde.
Er betont die Zusammenarbeit und appelliert an die ÖVP, den
Wahlausgang 1959 zu berücksichtigen.

S l a v i k

R a a b :

betont unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit,
Der Bundespräsident ist sozialistischer Besitz. Die Geduld der
ÖVP ist nun zu Ende. Täglich wird die ÖVP beschuldigt und greift
in rüden Worten Pittermann wegen seinen zwei letzten Reden an.

S l a v i k :

Reden wir über die Kompetenzen und nicht über Vorwürfe.

M a l e t a :

1956 haben wir Verstaatlichungswahlen gehabt und daher mussten
wir die Verstaatlichung verlangen.

P r o b s t :

Sie, von der ÖVP, vergessen, dass wir, die SPÖ, bei den letzten
drei Nationalratswahlen dazu gewonnen haben. 1953, 1956 und 1959.
Wir haben 1956 nicht verloren, sondern auch dazu gewonnen. Sie
aber, von der ÖVP, etwas mehr. Bei den drei Wahlen haben sie nur
einmal gewonnen und zwar 1956 und zweimal verloren, nämlich 1953
u und 1959.

G o r b a c h :

Machen wir einmal eine Inventur aller strittiger Fragen.

H e l m e r

verweist, dass nach dem Staatsvertrag das Bundesheer zuerst eine Abteilung des Bundeskanzleramtes war und später, nach den Wahlen 1956, ein eigenes Ministerium wurde, das die ÖVP neben der Verstaatlichung erhielt. Sie wurden 1956 über den Wahlausgang hinaus honoriert, denn wir haben nicht verloren.

K a

Die D i s k u s s i o n geht nun längere Zeit hin und her über die Frage, ob der Vizekanzler ein Ressort bekommen soll oder nicht. Soll eine vertikale oder horizontale ^{Verteilung} der Kompetenzen von Bundeskanzler und Vizekanzler vorgenommen werden, bestreitet, dass Vereinbarungen mit Komitz für das Budget 1959

P i

R a a b : den Budgetrahmen nicht zu ändern. Er, Komitz, tue das Die Apline und VÖEST-Organen hätten schon lange bestellt sein können. Maßnahmen, um die inländische Kaufkraft aufrecht zu er-

P i t t e r m a n n

K a bestreitet dies, weil keine Vereinbarung über die Tochtergesellschaften zustande gekommen ist, da sie Raab sabotierte.

S l a v i k m a n n :

betont unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

K a m i t z :

Wir wollen nichts ungesetzliches im Budget. Spricht über unseren Vorwurf seiner Schuldenwirtschaft. Die Einnahmen der Bundesbahnen seien zurückgegangen. Er sei für ein ausgeglichenes Budget und fragt uns, ob wir den selben Standpunkt einnehmen. Die Einnahmen 1959 werden vermutlich die Ausgaben abdecken. Fragt uns als zweites, ob wir für die antizyklische Wirtschaftspolitik sind. Ja oder Nein? Die dritte Frage, ob wir den Vorschlag der ÖVP für das Budget 1960, das er nun vorbereiten muss, annehmen, nicht höher als 40 Milliarden Schilling zu gehen.

R a

Es gibt seiner Ansicht nach drei Dinge, über die eine Einigung erzielt werden muss:

- 1.) Budget
- 2.) Bankrate
- 3.) Kreditpolitik

K r e i s k y

beschäftigt sich mit Kamitz. Wirft ihm vor, dass er die Konjunkturjahre nicht ausgenützt habe. Wir haben Kamitz am Wahlkampf wegen seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik bekämpft und von den Wählern Recht bekommen. Er fragt, wieso Kamitz auf 40 Milliarden kommt.

K a m i t z : Die Überschüsse der Budget's von 1954 und 1955 waren da, gab aber dann laufend Forderungen der SPÖ.

Er will neuerlich eine Zustimmung für das 40 Milliarden Budget, das ausgeglichen sein soll.

P i t t e r m a n n

bestreitet, dass Vereinbarungen mit Kamitz für das Budget 1959 bestehen, den Budgetrahmen nicht zu ändern. Er, Kamitz, tue das nach seinem Belieben, will uns aber Fesseln anlegen. Wir sind für Massnahmen, um die inländische Kaufkraft aufrecht zu erhalten.

K a m i t z

verweist auf den Verfall der Währung.

P i t t e r m a n n :

Das Budget ist nur eine der Massnahmen.

S l a v i k :

Polemisiert gegen Kamitz bezüglich der Gebarung 1959. Er wünscht bei den Betrieben, dass nicht die Brutto- sondern die Nettozahlen budgetiert werden. Über den Kreditrahmen können wir reden.

O l a h :

Wir wollen über die Kaufkraft reden. In den Betrieben herrscht bereits wegen den Preissteigerungen eine Bewegung. Das Realeinkommen muss sich aufrecht halten. Wir wollen keine Krise und keine Arbeitslosigkeit. Wir verzichten auf den politischen Erfolg, der vielleicht dabei für uns verbunden wäre.

R a a b :

Was tun wir, wenn Proksch die 40-Stunden-Woche verlangt?

Die ÖVP-Minister können sich durch die Zusammenarbeit mit Kamitz unserer Einsicht entziehen. Wir aber stehen unter der Kontrolle

Prinke:

Polemisiert gegen Pittermann wegen seiner Erklärung über die geringen Mittel die für den Wohnbau zur Verfügung gestellt worden sind. Er war immer dafür. Er ist dafür, dass die Banken herangezogen werden. Die SPÖ hat ihn, Prinke, im Stich gelassen.

Pittermann:

Prinke war nichtmehr dabei, als es um die Dotierung aus Bundesmitteln ging.

Kamitz:

Er hat das hohe Defizit im Budget 1958 in Kauf genommen. Das billige Geld ist nach seiner Ansicht nicht möglich.

Es entspinnt sich eine längere Diskussion über das Geld, Kreditwesen und über die Preise.

Pittermann:

Wir müssen ein Regierungsprogramm erarbeiten und von ihnen, der ÖVP, Garantien zu seiner Durchsetzung verlangen. Die Erfüllung des Regierungsprogrammes ist eine gemeinsame Aufgabe.

Raab:

Die Sozialisten besitzen keine Koalitionsgesinnung mehr und zerstören die Koalition.

Helmer:

Das Schiff geht doch schon wieder weiter. Einige ÖVPler verlangen, dass die Sozialisten keine Tarif- und Steuerforderungen stellen. Wir verlangen Garantien gegen Preiserhöhungen.

Pittermann:

Wir können keinen Blankoscheck für Einkommensminderungen geben. Wir benötigen Garantien für einen Vollaussgleich gegenüber Preiserhöhungen.

Slavik:

Wir wollen das Budget 1960 gemeinsam erstellen.

Pittermann:

Die ÖVP-Minister können sich durch die Zusammenarbeit mit Kamitz unserer Einsicht entziehen. Wir aber stehen unter der Kontrolle

der ÖVP auf dem Wege über den Finanzminister und das ist unmöglich. Das Budget wird wohl beschlossen, aber es wird dann einseitig durchgeführt. Die ÖVP-Minister haben mehr Möglichkeiten innerhalb ihrer Ressort zu verteilen als die sozialistischen Minister. Wertbeständigkeit des Schillings? Wir können Kompetenzabnahmen beim Finanzminister nicht zustimmen.

K a m i t z :

Er kann sich Ermächtigungen nicht wegnehmen lassen, da seine Ministerverantwortlichkeit da ist. Bezüglich Kompetenzenabnahme wird es mit ihm keine Einigung geben. den Steuerschulden. 1 Million sind soviel wie abzuschreiben. Sie sind tot.

R a a b

stellt fest, dass bis jetzt in dieser Frage keine Einigung erzielt worden ist. Ermessensbescheid mitsprechen und nicht beim Steuerbescheid.

P i t t e r m a n n :

Wir wollen mindestens die Übergabe der Ermächtigung von finanziellen Entscheidungen vom Finanzminister auf die Bundesregierung. sich hier um eine Mitbestimmung und Mitentscheidung beim

G o r b a c h : erium handelt.

Wir sind in dieser Frage noch nicht zu Ende. Wir können weiter verhandeln.

stellt fest, dass er hier keine Zusage machen kann; sondern erst wissen will, was wir noch weiter begehren.

Es entspinnt sich eine heftige D e b a t t e zwischen RAAB und PITTERMANN über den Aktenlauf und über Entscheidungen im Bundeskanzleramt.

Weiterhin wird die D i s k u s s i o n über die Ermächtigung vom Finanzminister auf die Bundesregierung fortgesetzt.

Weiters geht eine D e b a t t e zwischen KAMITZ, SLAVIK, KREISKY, PITTERMANN, PROBST und GORBACH über die Frage der Steuernachlässe und Steuerschulden.

S l a v i k

Fortsetzung Nachmittag. entlichen Ausschreibung und sagt, dass das auch in Wien gemacht werden wird.

K r e i s k y :

Der Vizekanzler hat gegenwärtig nicht mehr als eine Art Reservestelle. Kanzler und Vizekanzler haben nicht das gleiche Gewicht. Der Vizekanzler hat überhaupt kein Ressort. Unsere Feststellung stimmt also, dass sich die Regierung aus 7 zu 4 zusammensetzt. Was den Bundespräsidenten betrifft, so wurde Schörf frei gewählt und Renner paktiert.

Probat: Fortsetzung der Verhandlungen am

Der Bundespräsident Nachmittag der Koalition und kann in keiner Weise dazu gerechnet werden.

R a a b:

Anerkennen Sie die Wertbeständigkeit des Schillings? Wir können Kompetenzabnahmen beim Finanzminister nicht zustimmen.

K a m i t z:

Bezüglich der Abschreibungen werde ich mir die Frage noch einmal überlegen. Es gibt gegenwärtig drei Milliarden Steuerschulden.

1 Million sind soviel wie abzuschreiben. Sie sind tot.

Frage, ob in der öffentlichen Ausschreibung der Dienstposten

P i t t e r m a n n:

Wir wollen beim Ermessensbescheid mitsprechen und nicht beim Steuerbescheid.

Wer soll entscheiden für die Aufnahme?

P i Die D e b a t t e geht nun längere Zeit hin und her, ob es sich hier um eine Mitbestimmung und Mit-entscheidung beim Finanzministerium handelt. ein brauchbares Beispiel.

R a a b:

stellt fest, dass er hier keine Zusage machen kann, sondern erst wissen will, was wir noch weiter begehren.

Unsere Antwort: Ja!

S l a v i k:

Frage wie die Agenden im Bundeskanzleramt geteilt sind. Beispielsweise die Personalfragen.

P i t t e r m a n n

stellt fest, dass er nichts zu reden hat.

S l a v i k

urteilt den Plan der öffentlichen Ausschreibung und sagt, dass das auch in Wien gemacht werden wird.

K r e i s k y:

Der Vizekanzler hat gegenwärtig nicht mehr als eine Art Reservestelle. Kanzler und Vizekanzler haben nicht das gleiche Gewicht. Der Vizekanzler hat überhaupt kein Ressort. Unsere Feststellung stimmt also, dass sich die Regierung aus 7 zu 4 zusammensetzt. Was den Bundespräsidenten betrifft, so wurde Schöpf frei gewählt und Renner partiiert.

P r o b s t :

Der Bundespräsident steht ausserhalb der Koalition und kann
in keiner Weise dazu gerechnet werden.

H e l m e r :

Für den Rechnungshofpräsidenten haben wir im Jahre 1956 einen
ÖVP-Minister zugestanden.

R a a b :

Geht neuerlich auf die Wahl 1953 zurück.

M a l e t a :

Fragt, ob in der öffentlichen Ausschreibung der Dienstposten
auch die Beförderung darin sein soll.

K a m i t z : Es ist ebenfalls keine Einigung.

Wer soll entscheiden für die Aufnahme?

O l a h :

P i t t e r m a n n :

Wohin die Regierung die Entscheidung delegiert. Verweist auf
den Sechser-Ausschuss als ein brauchbares Beispiel.

P r i n k e :

R a a b :

Soll die öffentliche Ausschreibung der Dienstposten auch alle
Betriebe betreffen und die Hoheitsverwaltung?

Wir können über die Frage reden, ob das Bundeskanzleramt vertikal
Unsere Antwort: Ja!

G o r b a c h :

Welches Gremium soll überall entscheiden? Über die Frage, wann
in der Regierung keine Einigung zu erzielen ist, ob die Frei-

O l a h :

verweist besonders, auf Drängen der ÖVP nach Beispielen, auf
die Bundestheaterverwaltung.

P i t t e r m a n n :

S l a v i k : nur für eine Freigabe wenn sie vereinbart wird.

Macht den Vorschlag, während unseren Verhandlungen ein Komitee
zu beauftragen, einen Vorschlag auszuarbeiten.

P r o b s t :

Sie können aber dann nicht in das Parlament gehen. Wenn keine

R a a b :

Bin bereit, im Bundeskanzleramt die Personalfragen zu teilen,
wenn auch die Post und Eisenbahn dazu kommt.

R a a b :

Unsere Antwort: Das ist ein Beispiel was in das Parlament

Die höheren Dienstklassen und Dienststellen kommen sowieso in
die Regierung.

S l a v i k :

Wenn sie ein solches Gesetz wollen, müssen wir aber vereinbaren, was bis dorthin gemeinsam geschieht.

P i t t e r m a n n :

Wir haben nur eine betraute Regierung und daher auch keine Beförderungen.

G o r b a c h :

Wie stellen sie sich die Überbrückung vor?

R a a b :

Bis zu einem Gesetz gibt es in dem gegenwärtigen Zustand keine Änderung.

Darüber gibt es ebenfalls keine Einigung.

P i t t e r m a n n :

O l a c h :

Wenn Raab bereit ist zu teilen, dann soll er die Sektion II und V Pittermann geben.

R a a b :

P r i n k e :

Das war von Raab nicht ernst gemeint.

P i t t e r m a n n :

Wir können über die Frage reden, ob das Bundeskanzleramt vertikal oder horizontal geteilt werden soll.

G o r b a c h :

Vielleicht stellen wir einen Katalog über den zu vereinbarnden

Es entspinnt sich eine D i s k u s s i o n über die Frage, wenn

P r i n k e :

Freigabe der Verhandlung im Parlament gestattet sein soll.

P i t t e r m a n n :

Wir sind nur für eine Freigabe wenn sie vereinbart wird.

P r o b s t :

Sie können aber dann nicht in das Parlament gehen. Wenn keine Vereinbarung über die Freigabe erfolgt, bleibt die Sache eben liegen.

R a a b :

Das Wiener Memorandum ist ein Beispiel was in das Parlament kommen könnte. Wir sind für den Vorschlag Kreisky.

Kreisky:

Bestreitet, dass das was die ÖVP will sich mit seinem Vorschlag deckt. Er warnt vor einer parlamentarischen Verhandlung. Die wollen auch die Amerikaner nicht.
Handwritten: Ursache der frühen Wahlen gewesen. Das wird von uns bestritten. Das ist nur eine nachträgliche Er-schweigung für den unwilligen Ausbruch der Wahlen.

Pittermann:

Wir haben während des Wahlkampfes verhandelt, aber Raab hat keine Zustimmung zum Abschluss gegeben. Mit Kamitz hätte er sich einigen können.
Handwritten: Es wird vereinbart, die Verhandlungen am Mittwoch, den 27. Mai, 10 Uhr, fortzusetzen.

Raab:

Die Wähler haben uns einen Auftrag gegeben, den wir erfüllen müssen. Er bemerkt, dass Pittermann in Amerika Zusagen wegen Wiener Memorandum gegeben hat.
Handwritten: Problem

Pittermann:

Ich habe dies~~e~~ unter der Voraussetzung getan, dass wir im Herbst Wahlen haben. Diese Vereinbarung habe ich mit Raab getroffen.

Raab

gebraucht den Ausdruck "Ringelspiel" über die Aktivität in Amerika.
Handwritten: Pittermann

Wird von uns scharf zurückgewiesen.

Gorbach:

Vielleicht stellen wir einen Katalog über den zu vereinbarenden freien Raum im Parlament auf.

Probst:

Unser Wählerauftrag muss in einem Regierungsauftrag münden. Alles andere wäre eine Verfälschung.

Olah:

Wir beide haben den Wahlkampf mit der Parole "Zusammenarbeit" bestritten.

Die Diskussion wird über die Frage der Freigabe im Parlament geführt.

Raab:

Das Wiener Memorandum und die zwei Betriebe VÖEST und Alpine

wären die Ursache der frühen Wahlen gewesen.

R a a b :

Das wird von uns bestritten. Das ist nur eine nachträgliche Ermächtigung für den mutwilligen Ausbruch der Wahlen.

Raufkautschuk

S P Ö : Dr. Pittermann, Melmer, Olah, Dr. Arslsky, Slavik, Probst;

Die D i s k u s s i o n geht langsam zu Ende.

R a : Es wird vereinbart, die Verhandlungen am Mittwoch, den 27. Mai, 10 Uhr, fortzusetzen.

R a a b : Er erklärt, er akzeptiert unsere Vorschläge. Verweist auf die ÖVP-Erklärung und betont, dass sich bezüglich Ende der Sitzung: 18 Uhr 15 ergeben können.

Probst

P i t t e r m a n n :

Er, Raab, ist mit der Regierungsbildung betraut und soll seinen Vorschlag auf den Tisch legen.

M e l m e r :

verweist auf den Wahlausgang 1956, wo die ÖVP honoriert wurde. Er betont die Zusammenarbeit und appelliert an die ÖVP, den Wahlausgang 1959 zu berücksichtigen.

R a a b :

Der Bundespräsident ist sozialistischer Besitz. Die Geduld der ÖVP ist nun zu Ende. Täglich wird die ÖVP beschuldigt und greift in rüden Worten Pittermann wegen seinen zwei letzten Reden an.

S l a v i k :

Reden wir über die Kompetenzen und nicht über Vorwürfe.

M e l m e r :

1956 haben wir Verstaatlichungswahlen gehabt und daher mussten wir die Verstaatlichung verlangen.

P r o b s t :

Sie, von der ÖVP, vergessen, dass wir, die SPÖ, bei den letzten drei Nationalratswahlen dazu gewonnen haben. 1953, 1956 und 1959. Wir haben 1956 nicht verloren, sondern auch dazu gewonnen. Sie aber, von der ÖVP, etwas mehr. Bei den drei Wahlen haben sie nur einmal gewonnen und zwar 1956 und zweimal verloren, nämlich 1953 und 1959.